

RICHARD KLEINEIBST · WEST-ÖSTLICHES DIVERTIMENTO

Dank der krankhaften Entfremdung, welche der Nationalitätswahnsinn zwischen die Völker Europas gelegt hat und noch legt, dank ebenfalls den Politikern des kurzen Blicks und der raschen Hand, die heute mit seiner Hilfe obenauf sind und gar nicht ahnen, wie sehr die auseinanderlösende Politik, welche sie treiben, notwendig nur Zwischenaktspolitik sein kann; dank alledem und manchem heute ganz Unaussprechbaren werden jetzt die unzweideutigsten Anzeichen übersehn oder willkürlich und lügenhaft umgedeutet, in denen sich ausspricht, daß Europa eins werden will.

Nietzsche

MAN ist versucht Georg Christoph Lichtenbergs Urteil über die »Zeitungen vom vorigen Jahr« zu zitieren: »50 Teile falsche Hoffnung, 47 Teile falsche Prophezeiung und 3 Teile Wahrheit«, wenn man sich im Geist ein Jahr zurückversetzt denkt. »Tardieu Schluppe in London«, »Tardieu auf dem Rückzug« und so ähnlich las man in den Schlagzeilen über den Meldungen, die sich mit der Londoner Flottenkonferenz befaßten. Man jubelte, wie kurz vorher im Haag dem "eisernen Kanzler" Snowden, jetzt MacDonald zu und war glücklich, daß das »Forum für Europa wieder in entscheidender Weise nach London verlegt worden« war¹. England wurde an seine Schiedsrichterrolle, natürlich zugunsten Deutschlands, gemahnt, und die »natürliche« Bundesgenossenschaft mit Italien im Kampf für Revision und Abrüstung, das heißt gegen Frankreich, propagiert. Der Gedanke der natürlichen Bundesgenossenschaft aller europäischen Völker und Staaten versank wieder einmal in dem Freudenmeer über »Frankreichs Isolierung«. Knapp 12 Monate später, und es wird offenbar, wie vor einem Jahr hier dargetan wurde, daß der unerschütterliche Wille Frankreichs Europa zu gestalten sich gegen alle widerstrebenden Kräfte durchgesetzt hat. Denn, und das muß immer wieder hervorgehoben werden, indem die französische Politik Englands Schiedsrichterrolle auf dem Kontinent ablehnt, indem Frankreich, sicherlich zuerst aus nationalen Gründen, die Schwächung seiner Verteidigungsmittel zur See verhindert, Italiens Rivalität abwehrt, dient es dem Gedanken der europäischen Einigung, zwingt die "lateinische Schwester" in den europäischen Kurs. Es ist der britischen Politik nicht gelungen »im Mittelmeerbecken zu ihrem alten Grundsatz, dem Gleichgewicht der Mächte, zurückzukehren«; Formulierung der Wiener Arbeiterzeitung vom 5. Januar 1928. Dagegen Frankreich sich mit Italien, soweit man sehen kann, ohne Preisgabe seiner grundsätzlichen Ansprüche zu einigen. Wenn die Rolle des ehrlichen Maklers, die die beiden Minister des Labourkabinetts, Arthur Henderson und Albert Victor Alexander, dabei gespielt haben, ihnen zum besondern Ruhm angerechnet wird, so sei dagegen gewiß nichts eingewendet; der damit Hand in Hand gehenden Verdrehung und Verzerrung der Tatsachen muß allerdings widersprochen werden. Nach dem Vorwärts vom 3. März 1931 zum Beispiel ist »der Erfolg für den Frieden zur See der politischen Initiative, dem Führungswillen der organisierten Arbeiterschaft entsprungen«, als deren Vertreterin die britische Arbeiterregierung sich gegen alle Intrigen, vor allem der »französischen Diplomatie«, durchgesetzt habe. Nicht ist die Rede davon, daß vielleicht England diese Einigung brauchte, wollte es nicht den ganzen, für Großbritannien not-

¹) Siehe dazu *Kleineibst* London oder Genf? und Zwischen London und Genf, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 I Seite 124, 1930 II Seite 427 und folgende.

wendigen Flottenkompromiß mit Amerika aufs Spiel setzen; triumphierend kommt das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie vielmehr zu dem Schluß, daß mit diesem Abschluß der französischen Diplomatie »das Mittel aus der Hand geschlagen ist die englische in Landrüstungsfragen auf ihrer Seite gegen Deutschland zu halten«. Während man dies im Vorwärts lesen muß, zu seinem Staunen weiter erfährt, daß die Arbeiterregierung diesen Erfolg hatte, weil »Italien, aber auch Frankreich der finanzielle Atem auszugehen« drohte, wird in der bürgerlichen Presse, heute wenigstens, zugegeben, daß England unter einem unausweichlichen Zwang stand, wobei neben anderm auch die finanzielle Stärke Frankreichs eine Rolle spielte. Von einem "Sieg" der englischen Politik war dort schon lange nicht mehr die Rede, viel eher von einem Druck, den Frankreich (was man ihm bitter übel nahm) auf das Inselreich ausübte. Daß dieser Druck, gepaart mit Konzilianz gegen England und Amerika, mit überlegener Geduld gegen Italien, nach wie vor das Ziel hat den internationalen Schutz durch internationales Recht an Stelle eines angelsächsischen Sonderrechts, der pax anglosaxonica, zu schaffen, wie das zum Beispiel Norman Angell seinen Landsleuten auseinandergesetzt hat², das allerdings geht vorläufig noch über das Begriffsvermögen deutscher Politiker und politischer Journalisten hinaus.

Im Gegenteil, die Teilerkenntnis von einer (mindestens zeitweiligen) Überlegenheit Frankreichs über das angelsächsische System, soweit Europa in Frage kommt, führt charakteristischerweise nur zu der besorgten Frage: Wer trägt die Kosten der Einigung? Und die Antwort lautet ganz übereinstimmend: Deutschland. Wieder im Gegensatz zum Vorwärts fürchtet man geheime Abmachungen, die sich auf die Abrüstungskonferenz von 1932 beziehen. Ob es nun in Riesenbalken im Völkischen Beobachter heißt: »Deutschlands Versklavung soll verewigt werden«, oder in der Kreuzzeitung: »Flotten-einigung auf Deutschlands Rücken«, oder in der Vossischen Zeitung: »Der Rüstungshandel in Paris, Einigung London-Paris, aber auf Kosten der Abrüstung«, oder ob die Germania am 27. Februar schreibt: »Wir haben in Deutschland die bevorstehende englisch-französische Einigung mit berechtigtem Mißtrauen verfolgt, wird sie doch trotz aller englischen Dementis eine Festlegung der englischen Haltung auf der allgemeinen Abrüstungskonferenz auf Deutschlands Kosten einschließen müssen«, das sind nur Unterschiede im Ton, nicht in der Sache. Die (man möchte sagen: aus bösem Gewissen geborene) Fragestellung ist nun allerdings überaus aufschlußreich. Sie zeigt, daß nach wie vor von deutscher Seite Frankreich die Rolle des "Erbfeinds" zugeschrieben wird, während man von England, als dem natürlichen Gegenspieler Frankreichs, Heil und Unterstützung erwartet. Wahrlich, man kann es Großbritannien nicht übel nehmen, wenn es so freiwillig gebotene Beihilfe für seine traditionelle Politik des sogenannten Kräfteausgleichs nicht ausschlägt. Aber man darf sich auch nicht wundern, wenn der Weg zur Verständigung der europäischen Mächte so steil und steinig ist.

Die Hoffnung auf die Überwindung Frankreichs durch England hat, wie vor auszusehen war, wieder mit einer Enttäuschung geendet; die Erwartung im Bund mit einem von Großbritannien gestützten Italien eine Front der Revisionsstaaten zu bilden hat getrogen; wieder einmal hat Frankreich seine Stärke und überlegene Politik offenbart. Auf die nunmehr sehr naheliegende

2) Siehe *Weingartz* Wo steht die Labour Party?, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 II Seite 426.

Frage, ob es nicht einen Weg zur Verständigung mit dem stärkern Nachbar gibt, ist man wiederum in Deutschland nicht gekommen. Man sieht sich lieber nach neuen, nach anderen Bundesgenossen um. Hatten vor kurzem die schwerindustriell-nationalistischen Leipziger Neuesten Nachrichten wiederholt die Besserung des deutsch-französischen Verhältnisses sogar mit Genugtuung notiert, so spukt jetzt wieder in den Spalten dieses Blatts eine höchst lächerliche Idee: nämlich einer gemeinsamen Front der »zwangsweise Abgerüsteten«. Viel ernster zu nehmen ist die andere neueste Parole »Schluß mit der westlichen Orientierung sowie mit dem Verständigungswahn!«, wie sie in der Kreuzzeitung am 25. Februar rückhaltlos ausgesprochen wurde. Wäre sie nur da zu finden, man brauchte das lediglich als eine absonderliche Verirrung zu zitieren. Aber das Zentralorgan des Zentrums, die Germania, ließ sich am 27. Februar in ähnlicher und also besorgniserregender Weise vernehmen. In einem Aktivität in der Abrüstung betitelten Leitartikel, der unter anderm eine Polemik gegen die Auslassungen des französischen Kriegsministers Maginot über die Abrüstungsfrage enthält, heißt es:

»Sollte das französische Kabinett mit seinem Kriegsminister in dieser Auffassung ... einig gehen, so hätte es nicht den geringsten Zweck, daß Deutschland noch ein weiteres Wort an Frankreich richtete, daß es in Genf seine Zeit mit nutzlosen Abrüstungsverhandlungen vergeudete.«

Konnte man diese Drohung, die allerdings nur aus einer merkwürdigen Verkenntung der Kräfteverhältnisse zu erklären ist, immerhin der Erregung über die Rede des französischen Kriegsministers zugute halten, so gilt das nicht für einen vermeintlich diplomatischen, schließlich aber mit unverhüllten Drohungen arbeitenden Artikel betitelt Verschoebene Fronten, der im gleichen Organ am 24. Februar erschien. Da wird zwar eingangs der »bekannte außenpolitische Küchenzettel« der nationalsozialistischen Presse ironisiert, es werden weiterhin »Persönlichkeiten und Kreise der Mitte« gewarnt »unter dem Eindruck selbstverschuldeter Enttäuschungen das Kind mit dem Bade« auszuschütten, auch wird noch skeptisch über die Empfehlung des Professors Albrecht Mendelssohn-Bartholdy den Austritt aus dem Völkerbund vorzunehmen geurteilt und die »Verständigung Berlin-Rom-Moskau«, überhaupt die von anderer Seite noch visierte »Ostorientierung« kritisch betrachtet. Aber schließlich, und das ist das Entscheidende, heißt es doch:

»Es ist eine tragische Verkettung von Umständen, die uns in Deutschland zwingt unsere europäischen Kampfgenossen für Revision, Abrüstung und Gleichberechtigung in einem Lager zu suchen, dessen rechts- und linksextreme Ausstrahlung innerpolitisch in berechtigter Notwehr und im Interesse des vaterländischen Gemeinwohls [wir] mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Aber es ist etwas anderes ein Stück Weges gemeinsam zu gehen und gelegentlich Gemeinschaftsarbeit ohne bindende Verpflichtungen zu leisten oder aber sich auf Gedeih und Verderb an Kolosse zu ketten, die im entscheidenden Augenblick auch uns selbst hemmungslos niederwälzen würden. Gewiß könnte jener Augenblick einmal eintreten, wo Deutschland zu hoffen aufhört, und dieser Augenblick könnte uns und Europa zum Verhängnis werden. Aber warum sollen wir den uns noch gebliebenen Zeitraum des Hoffens durch eine Ungeduld abkürzen, aus welcher nur der Radikalismus Vorteil zieht, und die nur bei den Urteilslosen Popularität erringen kann? Gewiß gilt es gerade in der nächsten Zukunft für uns wachsam zu sein, denn die Gegner sind auf ihrer Hut und drohen uns mit neuen Scheinparolen und einem neuen Junktim zu erdrücken. Aber erst, wenn wir auch in diesem neuen Kampf um wirtschaftliche und politische Vernunft und um die deutsche Gleichberechtigung im Stich gelassen würden, wäre die Zeit gekommen künftige Schritte zu erwägen.«

»Gewiß«, um mit der Germania zu sprechen, sind das alles nur »Erwägungen«, aber, und das muß sehr stark betont werden, mit solchen Zweideutig-

keiten dient man allem andern als der Verständigung mit den Nachbarvölkern; auf der glatten Bahn solcher Wenss und Abers ist das wilhelminische Deutschland schließlich in den Weltkrieg "hineingeschlittert". Diese Spuren sollten schrecken. Und vielleicht ist die Verbindung zwischen solchen Auslassungen und der Rede des französischen Kriegsministers mehr als nur eine Kombination. So oder so; Zweideutigkeit erweckt Mißtrauen. Im Gegensatz zu einer sonst meist geübten Rücksicht stellte denn auch das Organ des französischen Auswärtigen Amts, der Temps, am 2. März in einem Leitartikel unter Bezugnahme auf die Germania ungeduldig und ohne Reserve die Frage an Deutschland: Was wollt ihr eigentlich?

»Es wäre ohne Zweifel notwendig, daß die Deutschen sich endlich einmal unzweideutig zu der Frage (point de savoir) äußerten, ob sie die allgemeine Abrüstung wollen (zum mindesten die allgemeine Beschränkung der Rüstungen in einem, mit der Vernunft und der Möglichkeit zu vereinbarenden Maß) oder ihre eigne Wiederbewaffnung.«

Nur diejenigen könnten sich über jede Annäherung anderer Völker, die zum Zweck einer ausgedehnten Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet erfolge, beunruhigen, »die noch den Hintergedanken hegen in der Unruhe und Unordnung des internationalen Lebens einen Weg für Eroberungs- und Herrschaftspolitik zu suchen«.

Diese Unsicherheit über die wahren Absichten Deutschlands ist es, die Frankreichs Verlangen nach Sicherheit durch unzweideutige Garantien nie einschlafen lassen wird. Diese Garantien sucht es nach wie vor einmal auf dem Weg des Genfer Protokolls, dem Deutschland, auch nach wie vor am Gängelband Englands sich bewegend, mit komischem Abscheu immer im großen Bogen ausweicht, zum andern auf dem Weg der Zusammenfassung und Einigung der europäischen Staaten. Beide Linien laufen parallel. Nur insoweit dieses Bemühen von der bolschewistischen Regierung Rußlands her durchkreuzt wird, kann man (was augenblicklich Mode ist) von einer anti-russischen Politik Frankreichs sprechen. Ein mit der "russischen Dampfwalze" liebäugelndes Deutschland ist den Franzosen freilich verdächtig. Verdächtig ist ihnen auch die jetzt besonders stark in die Erscheinung tretende Propaganda für den Bolschewismus, die ein merkwürdiges Doppelgesicht zeigt. Wie auf Kommando sind Zeitschriften und Zeitungen der kapitalistischen Welt, vor allem in England, Amerika und nicht zuletzt in Deutschland, voll von Nachrichten über einen »Alarm« vor der gewaltigen Katastrophe, die den kapitalistischen Staaten nach dem angeblichen Aufbau Rußlands gemäß dem sogenannten Fünfjahresplan erwachsen soll. Nun zeigt schon ein einfacher Vergleich mit dem Soll dieses Plans, wie wenig gegenständig solche Gefahr wäre, selbst wenn die Aufgaben so durchgeführt würden, wie sie auf dem Papier stehen. Auch dann, wenn alles erreicht wäre, was man erreicht zu haben behauptet, bliebe Rußland in der industriellen wie agrarischen Produktionsfähigkeit noch weit hinter den eigentlich kapitalistischen Ländern des Westens und von Übersee zurück, könnte sein Dumping, das zu gewissen Zeiten und auf gewissen Gebieten natürlich immer einmal lästig sein kann, in absehbarer Zeit nicht zu einer Gefahr für den Kapitalismus werden. Daß sich hinter solcher tendenziösen Mache nebenbei auch der Wunsch nach einem sozialen Dumping innerhalb der kapitalistischen Welt verbirgt, ist nicht unwahrscheinlich. Das ist die eine Seite. Die andere, einfachere, ist das Bedürfnis der russischen Machthaber nach Rechtfertigung, das sich immer in der verschiedensten Form gezeigt hat, im

Augenblick in einer Neuaufnahme der "Verräter"prozesse. Kommen nun zu einer Propaganda für politische Orientierung zum bolschewistischen Rußland hin die militärische hinzu und eine wirtschaftliche, wie sie sich in der Reise deutscher Industrieführer als Gäste der "Sowjetunion" ausdrückt, so kann man das in Frankreich kaum anders verstehen, als daß es durch Deutschland wieder, von einer andern Seite her, unter Druck gesetzt werden soll.

Und wenn es sich einer Täuschung hingeben sollte, zu welchen Konzessionen es sich bereitfinden müßte, um sich das Wohlwollen Deutschlands zu erkaufen, so lassen ihm die ständig wiederholten Forderungen nach den Rezepten der nationalsozialistischen Heilgehilfen keinen Zweifel. Da Frankreich aber nicht daran denkt und auch nicht daran denken kann Polen preiszugeben (und das wäre die erste von ihm geforderte Konzession), so wird sein Drang nach Sicherheit aus eigener Kraft um so stärker, je weniger Deutschland, von dessen Einsicht schließlich alles abhängt, für die internationalen Garantien zu haben ist, je weniger es sich dem Europaplan geneigt zeigt. Nicht als ob die mißtrauische und mißmutige Zurückhaltung Deutschlands Aristide Briand und mit ihm das französische Volk in seinen Absichten hätte irre werden lassen. Wer das meint, unterschätzt den revolutionären französischen Geist, diese glückliche Paarung aus Kühnheit und Aufgeschlossenheit der Idee gegenüber und vorsichtigem Abwägen in der Praxis. »Frankreich will die Europäische Frage in seinem Sinn lösen«, sagt am 3. März etwas orakelhaft in der Germania deren Pariser Korrespondent; sagt es in einem Artikel, der Rivalen oder Bundesgenossen? überschrieben ist und die Entwicklung der Beziehungen zwischen Frankreich und Großbritannien behandelt. Die englische Freundschaft, wird da weiter ausgeführt, bliebe für Frankreich von erster Wichtigkeit, »solange sich Frankreich mit Deutschland nicht ausgeglichen hat«. Ja, es wird sogar als eine Illusion bezeichnet anzunehmen, daß ein englisch-französischer Konflikt eintreten würde, »und daß Deutschland hieraus wesentlichen Nutzen ziehen könnte«. Und dann wird, unter Hinweis auf den Bolschewismus, dargetan, warum Frankreich an dem Wohlergehen der Kleinbauern Südosteuropas interessiert ist. Auch Jules Sauerwein bezeichnete in der Prager Presse vom 28. Februar 1931 diese Kleinbauern als einen »Schuttdamm gegen den Bolschewismus«. Aber es bedarf dieser Argumentation ad hominem gar nicht, die allzu leicht mißdeutet werden könnte und natürlich absichtlich mißdeutet wird. Die zivilisatorische Erschließung der europäischen Agrargebiete ist ein integrierender Bestandteil des Europaplans, was unter anderen Francis Delaisi in einem ausgezeichneten Vortrag auf der Friedenskonferenz in Warschau im Jahr 1928 entwickelt hat. Unter diesem Gesichtspunkt sind die beiden Agrarkonferenzen zu betrachten, die eben in Paris abgehalten wurden, und die Pläne zu einem unter dem Patronat des Völkerbunds stehenden Finanzinstitut.

Welche Bedeutung wirtschaftlicher und politischer Natur die Erschließung dieser Gebiete auch und gerade für Deutschland hat, ist schon früher dargetan worden. Hat man es in Deutschland begriffen? Mindestens beschäftigt man sich damit, und grundsätzlich in bejahendem Sinn. Von einer Seite, von der man es nach bisherigen Erfahrungen kaum erwartet hätte, von der Zeitschrift für Geopolitik, wurde im Februar, in einem Artikel Erich Obsts, auf die Notwendigkeit hingewiesen »den Austausch südosteuropäischen Getreides gegen deutsche Industrieware im Sinne einer reziproken Präferenz [zu] orga-

nisieren«. Aber das ist nicht alles. Das könnte ja gerade auf den früher auch in eben jener Zeitschrift propagierten Plan eines »regionalen Zusammenschlusses« gedeutet werden, wie er unter dem Schlagwort Mitteleuropa als Hindernis für den gesamteuropäischen Zusammenschluß ausgetüftelt worden ist. Wenn Obst sich auch noch für »etappenweisen Zusammenschluß« als den Vorläufer zu einer »politischen Föderation« einsetzt, so insistiert er doch andererseits darauf, daß »auf absolute Souveränität verzichtet, und statt dessen eine Kooperation betrieben, ein staatlicher Organismus höherer Ordnung erstrebt werden« müsse. Und während noch in seinem Buch England, Europa und die Welt England als ein natürlicher Partner des neuen Europas angesprochen worden war, heißt es heute, Deutschlands Interesse gehe keineswegs darauf hinaus »den italienisch-französischen Gegensatz als Handlanger des Angelsachsentums zu verstärken sondern umgekehrt die beiden "lateinischen Schwestern" wiederzusammenzuführen, um mit ihnen als Dritter im Bunde ein neues Europa zu schaffen«. Man dürfe nicht »um etwa lockender momentaner Vorteile willen« den Weg zu einer Entwicklung verbauen, »die unseres Staates und unserer Nation Zukunft in sich schließt«. Es handle sich darum »jetzt schon eine Entscheidung grundsätzlicher Art zu fällen, um unserer Außenpolitik so oder so die Richtung für Generationen zu geben«. Eindeutiger noch und ganz entschieden setzt sich in einem vom Berliner Börsenkurier am 17. Februar veröffentlichten Artikel, der im In- und Ausland viel beachtet worden ist, der Vorsitzende des Aufsichtsrats des Farbenindustriekonzerns, Carl Bosch, für einen »Wirtschaftsausgleich mit Frankreich« ein. Der klar und bestimmt gefaßte Artikel schließt mit den Worten:

»Es ist eine der wichtigsten Aufgaben für vernünftige Menschen in Deutschland und Frankreich durch Überwindung politischer Ressentiments und Propagierung wirtschaftlicher Vernunft die Grundlage für eine Konsolidierung Deutschlands und Frankreichs und damit Europas zu legen.«

Hier ist der Kernpunkt der ganzen Europäischen Frage angeschnitten. Und »es brauchte dazu unsrerseits keines politischen Verzichts, es sei denn des Verzichts auf törichte rhetorische Drohungen«. So in einem in Paris geschriebenen Artikel W. von Schnitzlers, der im Verlauf seiner Untersuchung nicht versäumt die »einseitig angelsächsische finanzielle Orientierung« Deutschlands zu beklagen, eine Orientierung, die »oft bis zur Brückierung Frankreichs (Moreau, Quesnay usw. wissen davon zu sagen)« ging³. Es handelt sich freilich um mehr als nur um eine finanzielle Orientierung dieser Art, es besteht eine geistig-politische Abhängigkeit von den angelsächsischen Mächten, die Wladimir d'Ormesson in einem Artikel Für deutsch-französische Verständigung, den er dem Berliner Tageblatt schrieb, und der dort am 1. März erschien, in feiner Weise ironisiert, wenn er von der »Öffentlichen Meinung Deutschlands« aussagt, daß sie »merkwürdig schüchtern ist, sobald es sich um die Vereinigten Staaten handelt«, während sie es Frankreich gegenüber vorzieht »fortwährend ein ganzes Bündel von Ansprüchen zu präsentieren, eine Politik, die gerade durch ihre En-bloc-Formulierung jede praktische Bemühung lähmt«. Will Deutschland »wirklich eine konstruktive Verständigungspolitik«? Das ist die Frage, die d'Ormesson stellt, es ist die Frage, die das ganze französische Volk bewegt. Hat Deutschland das Recht sie zurückzugeben? Kein aufmerksamer Beobachter kann das mit Ja beantworten. Und hätten über Frankreichs Gesinnung Zweifel bestanden (die bei

3) Siehe von Schnitzler Soziale Struktur und Außenpolitik in Frankreich, im Deutschen Volkswirt 1930-1931 Seite 676.

niemandem bestehen können, der das französische Volk aus der Nähe betrachtet hat⁴⁾, der überwältigende eindrucksvolle Sieg Briands in der Deputiertenkammer, seine bei aller Festigkeit in Einzelfragen konziliante und verständnisvolle Rede, dazu die spontane Antikriegsdemonstration in jener Sitzung am 3. März, mußten auch dem Blindesten die Augen geöffnet haben. Die "da drüben" sind guten Willens, das ist die Erkenntnis, zu der schon vor dieser Kammersitzung der neue Pariser Korrespondent der Frankfurter Zeitung, Benno Reifenberg, in einem, am 26. Februar veröffentlichten, vom 23. Februar datierten Artikel gekommen ist. Der Durchschnittsfranzose fühle sich, so schreibt der Nachfolger Friedrich Sieburgs, »tief im Innersten seines Lebens als nicht aggressiv, und er begreift die Deutschen nicht, deren jede Regung, jeder Wunsch ihn zu bedrohen scheinen«:

»Er hat also, und das ist so wichtig und muß völlig klar erkannt werden, ein gutes Gewissen. Schwerlich kann es deshalb gelingen auf ihn eine moralische Pression auszuüben und ihn zu zwingen abzurüsten. Wir brauchen hier den circulus vitiosus nicht noch einmal zu enthüllen, den diese ganze Abrüstungsdebatte über Deutschland-Frankreich beschreibt. Wichtig im Zusammenhang dieses Aufsatzes bleibt nur die Tatsache, daß der Durchschnittsfranzose für die deutsch-französische Politik nur dann eine Aktivität aufbringen wird, wenn noch etwas anderes zum Thema steht als die Abrüstung allein.«

Reifenberg bestätigt für Frankreich an der Hand einer auf die verschiedensten Gebiete sich erstreckenden Darstellung die »Bereitschaft eine positive deutsch-französische Politik zu treiben«.

Wer möchte sich vermessen trotz allen hier zitierten, mit Fleiß herausgesuchten Ansätzen die gleiche Bereitschaft für Deutschland zu beschwören? Ist es nicht erschütternd, daß die Germania, in der man in manchen französischen Kreisen das Blatt des deutschen Reichskanzlers sieht, Briands Kammersieg (so ist ihr Leitartikel am 4. März betitelt) mit mürrischer Nörgelei begleitet zu müssen, daß sie hartnäckig die italienische Karte in ihrem Spiel festhält, um mit Schadenfreude sich in die Auffassung zu verbeißen, es sei völlig abwegig »von einer Änderung des fascistischen Kurses und etwa einer Festlegung auf die westeuropäische Orientierung zu sprechen«? Und wie deutlich kommt dann unter dem blütenweißen Gewand deutschen Rechtsanspruchs der Pferdefuß der angelsächsischen Orientierung heraus, wenn es schließlich heißt, »daß die französischen Rüstungen sich vorwiegend gegen Italien richten, das angesichts der deutschen Waffenlosigkeit die historische Rolle zu übernehmen sucht das kontinentale Kräftegleichgewicht in Europa wiederherzustellen, dessen Stürzung zu einer so bedenklichen Hypertrophie der einseitigen französischen Orientierung in Europa geführt hat«. Einen Fingerzeig für die künftige deutsche Politik, wie sie der Germania offenbar angemessen erscheint, gibt dann der Schlußsatz des Artikels, der aus der falschen Voraussetzung nun die also formulierte Konsequenz zieht:

»Ob Deutschland zwischen beiden oder auf einer der beiden Fronten stehen wird, ist die Schicksalsfrage künftiger europäischer Politik.«

Heißt das etwas anderes als den ganzen Gedanken der europäischen Einigung, des europäischen Zusammenschlusses verleugnen, aus einer Schicksalsfrage für Europa eine bloße Konstellation für Deutschland machen wollen?

Hier sind die Nachwehen einer, unter nationalsozialistischem Druck geborenen, falsch orientierten Außenpolitik, mit der fertig zu werden die drängendste

4) Siehe dazu Hartig Eindrücke eines deutschen Sozialisten in Frankreich, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 III Seite 1221 und folgende.

Aufgabe für das begonnene entscheidungsvolle Jahr sein wird. Die Lose sind geworfen, es gilt das richtige aufzunehmen. Aus der Rede Grumbachs, aus der Rede Briands in der französischen Kammer ist zu schließen, daß Frankreich deutschen Forderungen, die begründet sind und der Verständigung dienen, entgegentzukommen bereit ist. Aber das gleiche Frankreich wird, das scheint außer Zweifel, sich bis zur Unnachgiebigkeit auf der ganzen Linie verhärten, wenn Deutschland seine Außenpolitik lediglich auf seine innenpolitischen Bedürfnisse zuzuschneiden sucht (so weitgehendes, weitestgehendes Verständnis man auch in der französischen Regierung immer wieder für die inneren Bedrängnisse der deutschen bekundet), wenn es von der andern Seite blindes Vertrauen verlangt, ohne es sich selbst durch grundsätzliche Anerkennung einer übernationalen Rechtsnorm zu verschaffen, wenn es, wie die Germania in dem eben zitierten Artikel, die »Sanktionsformel des Genfer Protokolls« als indiskutable, längst überholte Angelegenheit abtut, wenn es vor allem moralisch nicht abrüstet. Geht Deutschland nur als Fordernder und nicht auch als Gewährender zu der Abrüstungskonferenz im nächsten Jahr, mißachtet es die geschaffenen vertraglichen Grundlagen und durch Verhandlung erreichten Konventionen, so wird es nicht nur isoliert sein, es wird den Grund zu einer neuen "Einkreisung" legen, zu einer Atmosphäre des Mißtrauens und der Unsicherheit, wie sie vor 1914 bestanden hat. Kann sich jemand vorstellen, daß Deutschland dann (auch mit dem bolschewistischen Rußland im Rücken: dies in des Wortes bösester Bedeutung) etwas anderes erlebt als eine neue Katastrophe?

WALTHER MAAS • DAS ANDERE EUROPA

GROSZ sind die Probleme Industrieuropas: Mangel an Export, Arbeitslosigkeit, Hunger. Aber es gibt ein anderes Europa, das zwar keinen Lebensmittel hunger leidet, aber sich nicht kleiden kann, keine Industrieartikel, die nun einmal zum modernen Leben gehören, kaufen kann: Agrareuropa. Deutschland liegt auf der Grenze beider. Wir haben eine industrielle Krise, aber auch eine agrarische. Stadt und Land tauschen ihre Nöte gegen einander aus, die sich so verstärken. Und an vielen Stellen zeigt sich: Man kann manches in Deutschland nicht lösen, man muß es in größerem Rahmen lösen, in Europa. Gewiß, betrachtet man die Einfuhr an Getreide fast aller europäischen Länder, so erscheint der Zustand hoffnungslos. Man sehe den Getreide-einfuhrüberschuß in den einzelnen Ländern. Sein Wert betrug 1929 in England 150 Millionen Mark, in Deutschland 1160, in Frankreich 600, in Belgien 600, in Italien 530, in den Niederlanden 450, in Dänemark 220, in der Schweiz 200, in Österreich 175, in Schweden 165, in Griechenland 130, in Norwegen 110, in der Tschechoslowakei 100, in Finnland 100, in Spanien 100, in Polen 90, in Portugal 60, in Lettland 30, in Estland 21 Millionen. Weder Einfuhr noch Ausfuhr hatten Albanien, Litauen, Türkei. Nur 4 Länder haben einen Ausfuhrüberschuß, und zwar Rumänien von 490 Millionen Mark, Ungarn 150, Bulgarien 30, Südslawien 20 Millionen. Es sieht so aus, als könnte Europa sich nicht aus eigener Scholle ernähren.

Doch dieses Bild trügt, trügt doppelt. Denn einmal: Wer will zum Beispiel behaupten, daß die Norddeutschen vom Konsum des Roggens zu dem des Weizens übergehen *mußten*? Bessere Einsicht der Konsumenten, die von